



## Analyse des Budgetdienstes

# Entwicklung des Bundeshaushaltes Jänner bis Juli 2014

Grundlage für die Analyse sind folgende Dokumente:

- Monatserfolg Juni 2014 (37/BA)
- Monatserfolg Juli 2014 (38/BA)
- Bericht über die Genehmigung von Vorbelastungen für das 2. Quartal 2014 (34/BA)
- Bericht gemäß § 54 Abs. 12 BHG 2013 über die im 2. Quartal 2014 genehmigten Mittelverwendungsüberschreitungen (MVÜ) (33/BA)

## Überblick über die wichtigsten Ergebnisse und Entwicklungen

- Die **Einzahlungen** sind bis Juli 2014 gegenüber dem Vergleichszeitraum des Vorjahres um 2,9 Mrd. EUR bzw. 8,3 % angestiegen (budgetierter Jahresanstieg 1,2 %). Besonders deutlich war der Anstieg im Juni 2014 aufgrund der Rückzahlung des Partizipationskapitals durch die Raiffeisen International Bank (1,75 Mrd. EUR), weiters liegen die Abgabenerfolge bisher über dem veranschlagten Jahresanstieg.
- Trotz der Abschwächung der Konjunktur sind die öffentlichen Bruttoabgaben bis Ende Juli um rd. 1,8 Mrd. EUR bzw. 4,3 % höher als im Vergleichszeitraum des Vorjahres. Für das Gesamtjahr wurde im BVA 2014 ein Anstieg von 3,9 % angenommen. Die Einzahlungen aus der Lohn- und Einkommensteuer, der Körperschaftssteuer und der Kapitalertragssteuer auf Dividenden haben sich bisher besser, jene aus der Umsatzsteuer schlechter als erwartet entwickelt. Die anhaltend schwache Konjunktur könnte sich noch dämpfend auf die weitere Einnahmenentwicklung auswirken.
- Die **Auszahlungen** sind bis Ende Juli 2014 im Vorjahresvergleich um 1,0 Mrd. EUR bzw. 2,3 % angestiegen. Das Wachstum hat sich damit gegenüber den Vormonaten deutlich verlangsamt (bis Ende Mai 2014 noch +5,6 %), für das Gesamtjahr ist nur ein



Anstieg von 0,3 % budgetiert. Die höheren Auszahlungen erfolgten insbesondere für die Arbeitslosenversicherung (UG 20-Arbeit, +373 Mio. EUR) und für den Zinsendienst (UG 58-Finanzierungen, Währungstauschverträge, +704 Mio. EUR), wobei für letzteren in der aussagekräftigeren Ergebnisrechnung Minderaufwendungen erzielt wurden.

- Die erhöhten Auszahlungen in der UG 20-Arbeit sind durch die weitere Verschlechterung der Arbeitsmarktlage bedingt. Bis Ende Juli stiegen die Auszahlungen im Vergleich zum Vorjahreszeitraum um rd. 373 Mio. EUR bzw. 10,0 %, der budgetierte Jahresanstieg beträgt hingegen nur 4,8 %. Aufgrund der Ausweitung der Beschäftigung sind auch die Beitragszahlungen etwas stärker angestiegen als erwartet und liegen bis Ende Juli um rd. 139 Mio. EUR bzw. 4,3 % höher als im Vergleichszeitraum des Vorjahres (budgetierter Jahresanstieg 3,1 %). Allerdings hat sich die Dynamik gegenüber den Vormonaten etwas abgeschwächt.
- Dem Bericht des Bundesministers für Finanzen über die Ergebnisse des Budgetcontrollings per Ende April 2014 zufolge soll der weitere **Budgetvollzug 2014** äußerst restriktiv erfolgen und das Ergebnis gegenüber dem Voranschlag noch verbessert werden. Dadurch ist auch die Entnahmemöglichkeit der hohen Rücklagenbestände der Ressorts im laufenden Budgetvollzug stark eingeschränkt. Die Mittelverwendungsüberschreitungen, die durch die Verwendung von aus Kreditoperationen finanzierten Rücklagen bedeckt werden, belaufen sich am Ende des 2. Quartals 2014 auf insgesamt 127 Mio. EUR (Vorjahr: 276 Mio. EUR)<sup>1</sup>. Im Zuge der haushaltspolitischen Überwachung der Europäischen Union sicherte Österreich der Europäischen Kommission zu, den budgetierten strukturellen Haushaltssaldo 2014 mit Konsolidierungsmaßnahmen iHv rd. 1 Mrd. EUR nachzubessern; notfalls sollten dazu auch Mittelverwendungsbindungen vorgenommen werden. Knapp ein Drittel der genannten Konsolidierungsmaßnahmen sollte aus konjunkturbedingten Mehreinnahmen bei der Lohnsteuer und Sozialversicherungsbeiträgen lukriert werden.

---

<sup>1</sup> Die Überschreitungsgenehmigung erfolgte teils jedoch noch auf Grundlage des gesetzlichen Budgetprovisoriums iVm dem BFG 2013 und teils auf Grundlage der Ermächtigungen des BFG 2014.



- Die **Konjunktur** entwickelt sich jedoch deutlich schwächer als prognostiziert. Während zum Zeitpunkt der Budgeterstellung für 2014 ein reales Wirtschaftswachstum von 1,7 % erwartet wurde, geht die OeNB aktuell nur noch von einem Wirtschaftswachstum iHv 0,9 % aus. Es ist zu erwarten, dass auch WIFO und IHS ihre September-Prognosen deutlich nach unten revidieren werden. Insbesondere die schwache Investitionstätigkeit der heimischen Unternehmen und die träge Entwicklung des privaten Konsums wirken sich dämpfend auf die Konjunktur aus. Auch der Außenhandel entwickelt sich schwächer als erwartet, die politischen Entwicklungen in der Ukraine bzw. die Sanktionen gegen Russland stellen ein weiteres Risiko für die Exportwirtschaft dar. Die saisonbereinigte Arbeitslosenquote stagnierte im August erneut bei 8,5 %.
- Aus **Sicht des Budgetdienstes** wird damit der von der Bundesregierung geplante restriktive Budgetvollzug weiter erschwert und es ergeben sich 2014, insbesondere aber 2015, zusätzliche einnahmen- und ausgabenseitige Risiken. Einnahmenseitig zeigen sich noch keine wesentlichen negativen Auswirkungen. Aufgrund der weiterhin gedämpften Konjunkturaussichten ist jedoch zu erwarten, dass der budgetierte Abgabenerfolg bei der Umsatzsteuer nicht erreicht werden wird. Auszahlungsseitig ist in den konjunktur reagiblen Bereichen durch das Wirken der automatischen Stabilisatoren im Arbeitsmarktbereich mit Mehrauszahlungen zu rechnen. Die Auswirkungen der Reformen im Pensionsbereich sind ausgabenseitig noch nicht erkennbar, das in Aussicht gestellte Pensions-Monitoring sollte daher rasch verfügbar gemacht werden. Überdies bestehen im Bankenbereich (Hypo-Alpe-Adria Group AG; ÖVAG) noch erhebliche Unsicherheiten, die 2014 sowohl das Maastricht-Ergebnis als auch den Finanzierungshaushalt in beide Richtungen wesentlich beeinflussen können.
- Der **Europäischen Kommission** ist im Oktober 2014 eine aktualisierte Übersicht über die Haushaltsplanung Österreichs 2015 vorzulegen. Dabei besteht das Risiko der Nichteinhaltung der durch den Rechtsrahmen der EU vorgegebenen fiskalpolitischen Ziele. Zuletzt empfahl die Europäische Union Österreich verstärkte Konsolidierungsanstrengungen und die Erreichung des Mittelfristigen Haushaltziels (strukturelles Defizit von maximal 0,45 % des BIP) bereits im Jahr 2015 (Planwert derzeit 0,9 % des BIP) anstatt wie geplant im Jahr 2016.



- Die schwache Konjunktur wirkt sich jedoch auch dämpfend auf die maßgeblichen Fiskalindikatoren der EU aus. Bei der Berechnung des **strukturellen Defizits**, das 2014 für den Gesamtstaat mit 1,0 % des BIP veranschlagt ist, wird das Maastricht-Defizit um konjunkturelle Effekte sowie Einmalmaßnahmen bzw. sonstige befristete Maßnahmen bereinigt. Eine konjunkturbedingt höhere Outputlücke (aktuelle Unterbeschäftigung gegenüber einer durchschnittlichen Auslastung der Inputfaktoren Kapital, Arbeit und technischer Fortschritt) würde einen größeren Konjunktoreffekt bewirken und damit bei gleichbleibendem Maastricht-Defizit und gleichbleibenden Einmalmaßnahmen das strukturelle Defizit verringern.

## Budgetvollzug Jänner bis Juli 2014 – wesentliche Einzelergebnisse

### Aggregierte Entwicklung des Bundeshaushaltes bis Juli 2014

In der nachfolgenden Tabelle wird die Entwicklung des Bundeshaushalts bis Juli 2014 im Vergleich zum Vorjahr dargestellt und den Jahreswerten gegenübergestellt:

#### Entwicklung Bundeshaushalt

Finanzierungsrechnung	Monatserfolg	Monatserfolg kumuliert				Jahreswerte			
	Juli 2014	Jän.-Juli 2013	Jän.-Juli 2014	Unterschied in Mio. EUR	Unterschied in %	v. Erfolg 2013	BVA 2014	Unterschied in Mio. EUR	Unterschied in %
<b>Allgemeine Gebarung</b>									
Einzahlungen	5.150,0	35.664,1	38.608,4	2.944,3	8,3	71.363,7	72.195,8	832,1	1,2
Auszahlungen	6.657,9	42.931,5	43.926,9	995,3	2,3	75.566,7	75.765,1	198,4	0,3
<b>Nettofinanzierungsbedarf</b>	<b>-1.507,9</b>	<b>-7.267,5</b>	<b>-5.318,5</b>	<b>1.949,0</b>	<b>26,8</b>	<b>-4.203,0</b>	<b>-3.569,3</b>	<b>633,7</b>	<b>15,1</b>

Quelle: BMF, Monatserfolg Juli 2014

Per Ende Juli 2014 sind die Einzahlungen im Vergleich zum Vorjahr um 2,9 Mrd. EUR oder 8,3 % angestiegen (budgetierter Jahresanstieg 1,2 %). Diese Entwicklung hat sich insbesondere aufgrund der Rückzahlung von Partizipationskapital durch die RIB im Juni 2014 beschleunigt, per Ende Mai 2014 betrug das Wachstum der Einzahlungen noch 5,9 %. Während die Auszahlungen bis Ende Mai 2014 im Vorjahresvergleich noch um 5,6 % anstiegen, hat sich der Anstieg bis Ende Juli 2014 auf 2,3 % deutlich verlangsamt (+1,0 Mrd. EUR). Für das Gesamtjahr ist ein Wachstum der Auszahlungen iHv 0,3 % budgetiert.



## Wesentliche Abweichungen zum Vorjahr

Im Folgenden werden jene Untergliederungen dargestellt, die im Finanzierungshaushalt hohe absolute und prozentuelle Abweichungen gegenüber dem Vergleichszeitraum des Vorjahres aufweisen. Die beiden nachfolgenden Tabellen geben zunächst einen Überblick über die Untergliederungen mit den stärksten positiven oder negativen Abweichungen gegenüber dem Vorjahr bei den Einzahlungen und bei den Auszahlungen.

### Einzahlungen, wesentliche Abweichungen

UG	Finanzierungsrechnung, Einzahlungen	Vergleich Jän-Jul 2014 mit Jän-Jul 2013		Vergleich BVA 2014 mit Erfolg 2013	
		Unter- schied in Mio. EUR	Unter- schied in %	Unter- schied in Mio. EUR	Unter- schied in %
46	Finanzmarktstabilität	2.057,6	577,6	533,1	28,1
16	Öffentliche Abgaben	1.169,4	5,1	2.080,6	4,5
20	Arbeit	139,4	4,3	181,8	3,1
43	Umwelt	-98,8	-48,3	72,3	18,2
41	Verkehr, Innovation und Technologie	-114,5	-48,7	-1.974,5	-83,8
51	Kassenverwaltung	-455,4	-31,4	-481,2	-24,9
	<b>übrige Untergliederungen</b>	<b>246,6</b>	<b>2,1</b>	<b>420,1</b>	<b>0,5</b>
	<b>Summe Allgemeine Gebarung</b>	<b>2.944,3</b>	<b>8,3</b>	<b>832,1</b>	<b>1,2</b>

### Auszahlungen, wesentliche Abweichungen

UG	Finanzierungsrechnung, Auszahlungen	Vergleich Jän-Jul 2014 mit Jän-Jul 2013		Vergleich BVA 2014 mit Erfolg 2013	
		Unterschied in Mio. EUR	Unterschied in %	Unterschied in Mio. EUR	Unterschied in %
58	Finanzierungen, Währungstauschverträge	703,9	17,3	507,0	7,9
20	Arbeit	372,9	10,0	320,8	4,8
23	Pensionen - Beamtinnen und Beamte	340,6	7,1	362,5	4,2
22	Pensionsversicherung	235,8	3,6	400,9	4,1
30	Bildung und Frauen	-386,0	-7,6	-437,7	-5,1
46	Finanzmarktstabilität	-389,6	-34,1	-1.454,9	-44,3
	<b>übrige Untergliederungen</b>	<b>117,7</b>	<b>1,2</b>	<b>499,8</b>	<b>2,2</b>
	<b>Summe Allgemeine Gebarung</b>	<b>995,3</b>	<b>2,3</b>	<b>198,4</b>	<b>0,3</b>

Quelle: Monatserfolg BMF, eigene Darstellung

### UG 16-Öffentliche Abgaben

Die Entwicklung der öffentlichen Abgaben verläuft bisher trotz der jüngsten Eintrübung der Konjunkturlage besser als veranschlagt. Bis Ende Juli sind die **öffentlichen Bruttoabgaben** um rd. 1,8 Mrd. EUR bzw. 4,3 % höher als im Vergleichszeitraum des Vorjahres. Budgetiert wurde ein Anstieg um 3,9 %. Allerdings könnte sich eine anhaltend schwache Konjunktur



noch dämpfend auf die weitere Einnahmenentwicklung auswirken. Während zum Zeitpunkt der Budgeterstellung für 2014 ein **reales Wirtschaftswachstum** von 1,7 % erwartet wurde, prognostiziert die OeNB aktuell nur noch ein Wirtschaftswachstum von 0,9 %. Es ist zu erwarten, dass auch WIFO und IHS ihre Prognosen deutlich nach unten revidieren werden.<sup>2</sup> Insbesondere die schwache Investitionstätigkeit der heimischen Unternehmen und die träge Entwicklung des privaten Konsums wirken sich dämpfend auf die Konjunktur aus. Auch der Außenhandel entwickelt sich schwächer als erwartet.

Die aktuelle Konjunktorentwicklung wirkt sich insbesondere auf die **Verbrauchs- und Verkehrssteuern** (budgetierter Jahreswert rd. 38,1 Mrd. EUR; Anteil an den Bruttoabgaben 48,1 %) aus, die unmittelbar vom gegenwärtigen Konsum abhängen. Die Einzahlungen aus diesen Steuern stiegen bis Ende Juli im Vergleich zum Vorjahr um 3,3 % bzw. 691 Mio. EUR (budgetierter Jahresanstieg 3,5 %). Bei der **Umsatzsteuer** (budgetierter Jahreswert 25,6 Mrd. EUR; Anteil an den Bruttoabgaben 32,2 %), der mit Abstand bedeutendsten Verbrauchsteuer, wurde ein Anstieg um 2,9 % budgetiert, allerdings stiegen bis Ende Juli die Einzahlungen im Vergleich zum Vorjahreszeitraum lediglich um 2,1 % bzw. 301 Mio. EUR. Aufgrund der bisherigen Entwicklung und der weiterhin schwachen Konjunkturaussichten ist zu erwarten, dass der budgetierte Jahresanstieg bei der Umsatzsteuer nicht erreicht werden wird.

Die Einnahmen aus den **Einkommen- und Vermögensteuern** (budgetierter Jahreswert rd. 40,6 Mrd. EUR; Anteil an den Bruttoabgaben 51,2 %) werden erst mit Verzögerung auf die schwächere Konjunktorentwicklung reagieren, insbesondere jene aus der veranlagten Einkommensteuer und der Körperschaftsteuer. Die Einzahlungen aus den Einkommen- und Vermögensteuern sind bis Ende Juli um rd. 1,2 Mrd. EUR bzw. 6,1 % höher als im Vergleichszeitraum des Vorjahres (budgetierter Jahresanstieg 4,9 %). Die Dynamik bei den Einzahlungen aus der **Lohnsteuer** (budgetierter Jahreswert 26,0 Mrd. EUR; Anteil an den Bruttoabgaben 32,8 %) bleibt weiterhin aufrecht. Bis Ende Juli lagen die Einzahlungen um rd. 826 Mio. EUR bzw. 5,9 % über jenen des Vorjahreszeitraum (budgetierter Jahresanstieg 5,7 %). Hauptverantwortlich für diese Entwicklung sind der Anstieg der Beschäftigung, die kollektivvertraglichen oder gesetzlichen Lohnerhöhungen und das Wirken der kalten Progression. Aus jetziger Sicht ist zu erwarten, dass die Einzahlungen aus der Lohnsteuer den budgetierten Jahresanstieg erreichen werden.

---

<sup>2</sup> Die nächsten Quartalsprognosen von WIFO und IHS werden am 18. September 2014 veröffentlicht.



Weitere Besonderheiten weisen folgend Abgabenarten auf:

- **Veranlagte Einkommensteuer** (budgetierter Jahreswert 3,5 Mrd. EUR; Anteil an den Bruttoabgaben 4,4 %): Die Einzahlungen liegen bis Ende Juli um 237 Mio. EUR bzw. 40,1 % über jenen des Vorjahreszeitraums. Budgetiert wurde ein Anstieg um 12,2 %. Die gute Entwicklung ist unter anderem auf die höheren Einnahmen aus der Besteuerung bei der Veräußerung von Grundstücken („Immo-Est.“) zurückzuführen. Für das Gesamtjahr ist allerdings zu erwarten, dass sich der bisherige Trend etwas abschwächen und an den budgetierten Anstieg annähern wird.
- **Kapitalertragsteuer** (budgetierter Jahreswert 2,7 Mrd. EUR; Anteil an den Bruttoabgaben 3,3 %): Bis Ende Juli liegen die Einzahlungen um 136 Mio. EUR bzw. 10,6 % über jenen des Vorjahreszeitraums (budgetierter Jahresanstieg 2,3 %). Insbesondere die Einnahmen aus der Kapitalertragsteuern auf Dividenden (+13,3 %) entwickelten sich besonders gut.
- **Körperschaftsteuer** (budgetierter Jahreswert 6,2 Mrd. EUR; Anteil an den Bruttoabgaben 7,8 %): Die Dynamik bei den Einzahlungen aus der Körperschaftsteuer hat sich gegenüber den Vormonaten etwas abgeschwächt. Allerdings liegt der bisherige Anstieg (+5,1 % gegenüber Vorjahreszeitraum), noch immer über dem budgetierten Anstieg (+3,0 %).
- **Abgeltungssteuern aus internationalen Abkommen** (budgetierter Jahreswert 500 Mio. EUR; Anteil an den Bruttoabgaben 0,6 %): Aus dem Steuerabkommen mit der Schweiz konnten insgesamt Einzahlungen iHv rd. 738 Mio. EUR erzielt werden (davon 717 Mio. EUR im Jahr 2013). Damit konnte der im Jahr 2013 budgetierte Betrag von 1 Mrd. EUR nicht erreicht werden. Aus dem Steuerabkommen mit Liechtenstein wurden für 2014 Einzahlungen iHv 500 Mio. EUR budgetiert. Mit Ende Juli betragen die Einzahlungen aus Abgeltungssteuern aus internationalen Abkommen rd. 219 Mio. EUR. Darin sind allerdings noch Restzahlungen aus dem Abkommen mit der Schweiz enthalten.
- **Alkoholsteuer** (budgetierter Jahreswert 145 Mio. EUR; Anteil an den Bruttoabgaben 0,2 %): Bei der Alkoholsteuer wurde Ende Juli bereits das Gesamtvolumen des Vorjahres überschritten. Dieser starke Anstieg dürfte auch auf Vorzieheffekte aufgrund der mit 1. März 2014 wirksamen Erhöhung der Alkoholsteuer zurückzuführen sein.



- **Kapitalverkehrsteuer** (budgetierter Jahreswert 100 Mio. EUR; Anteil an den Bruttoabgaben 0,1 %): Die Einzahlungen liegen um 30 Mio. EUR bzw. 102 % über jenen des Vorjahreszeitraumes. Dieser starke Anstieg ist größtenteils auf die Kapitalerhöhung der Raiffeisenbank International iHv rd. 2,8 Mrd. EUR zurückzuführen.

## UG 20-Arbeit

Die erhöhten Auszahlungen in der UG 20-Arbeit sind durch die weitere Verschlechterung der Arbeitsmarktlage bedingt. Bis Ende Juli stiegen die Auszahlungen im Vergleich zum Vorjahreszeitraum um rd. 373 Mio. EUR bzw. 10,0 %. Budgetiert wurde für das Gesamtjahr ein Anstieg um 4,8 %. Die variablen Auszahlungen, die knapp drei Viertel der Gesamtauszahlungen in der UG 20 ausmachen, sind dabei weniger stark angestiegen als die fixen Auszahlungen im Bereich der aktiven Arbeitsmarktpolitik.

Die Einzahlungen, die im Wesentlichen aus den Beiträgen zur Arbeitslosenversicherung bestehen, sind aufgrund der Ausweitung der Beschäftigung etwas stärker angestiegen als erwartet. Bis Ende Juli liegen sie um rd. 139 Mio. EUR bzw. 4,3 % höher als im Vergleichszeitraum des Vorjahres (budgetierter Jahresanstieg 3,1 %). Allerdings hat sich die Dynamik gegenüber den Vormonaten etwas abgeschwächt.

Die jüngsten Arbeitsmarktdaten des AMS für den August 2014 verdeutlichen die weiterhin angespannte Arbeitsmarktlage. Diese weisen für den August einen Stand von 292.321 vorgemerkten Arbeitslosen aus. Das entspricht einem Anstieg gegenüber dem vergleichbaren Vorjahreswert um 11,1 %. Besonders stark war der Anstieg der vorgemerkten Arbeitslosen bei den ausländischen Arbeitskräften (+23,3 %), bei älteren Personen ab 50 Jahren (+15,8 %) und insbesondere bei den Langzeitarbeitslosen (>12 Monate, +88,6 %).

Aktuelle Prognosen zur Arbeitslosenquote für das Gesamtjahr liegen noch nicht vor. Bereits in der letzten Quartalsprognose vom Juni haben WIFO und IHS ihre Prognose der Arbeitslosenquote auf 8,1 % bzw. 8,2 % etwas erhöht. Es ist zu erwarten, dass es zu einer weiteren Revision der Arbeitslosenquote kommen wird. Bei der Erstellung des BVA 2014 wurde noch eine Arbeitslosenquote von 8,0 % bzw. 7,8 % angenommen.





## UG 46-Finanzmarktstabilität

Die nachfolgende Tabelle zeigt die bisherigen Zahlungsströme und die im Finanzrahmen vorgesehene Entwicklung zur Sicherung der österreichischen Finanzmarktstabilität.

### Budget 2014 und 2015, mittelfristiger Finanzrahmen

Finanzierungshaushalt <i>in Mio. EUR, gerundet</i>	2008	2009	2010	2011	2012	2013	BVA 2014	BVA 2015	BFRG 2016	BFRG 2017	BFRG 2018
Einzahlungen		277	572	641	513	1.898	2.431	112	52	50	50
Auszahlungen	900	4.896	528	80	1.887	3.286	1.832	431	531	431	303

Quellen: BRA, Strategiebericht, Budgetbericht

Im Jahr 2014 belaufen sich die Auszahlungen in der UG 46-Finanzmarktstabilität bis Ende Juli auf 754 Mio. EUR, im April 2014 wurde zur Sicherstellung der regulatorischen Mindesteigenmittelanforderungen der Hypo-Alpe-Adria Group AG (HAAG) im Jahresabschluss 2013 eine Kapitalerhöhung von 750 Mio. EUR durchgeführt. Für das Jahr 2014 sind insgesamt Auszahlungen iHv 1,8 Mrd. EUR budgetiert, davon entfallen 1,5 Mrd. EUR auf Bankenkaptalisierungsmaßnahmen und 200 Mio. EUR auf eine Haftung für die Hypo-Alpe-Adria Bank AG.

Die Einzahlungen erreichen mit 2,4 Mrd. EUR bereits per Ende Juli 2014 beinahe den budgetierten Jahresbetrag. Neben der Rückzahlung des Partizipationskapitals durch die BAWAG PSK iHv 350 Mio. EUR im März 2014 kam es im Juni 2014 zur vollständigen Rückführung durch die Raiffeisen Bank International (RBI) iHv 1,75 Mrd. EUR. Darüber hinaus leisteten im ersten Halbjahr 2014 die Erste Group Bank AG, die BAWAG PSK und die RBI Dividenden für das Partizipationskapital für das Geschäftsjahr 2013 iHv 252,4 Mio. EUR. Die Einzahlungen aus Haftungsentgelten beliefen sich im ersten Halbjahr 2014 auf 58,9 Mio. EUR.

### Auswirkungen auf Maastricht-Defizit und Finanzierungshaushalt weiterhin unklar

Weiterhin unklar bleiben die Auswirkungen allfälliger weiterer Bankenhilfen auf das Maastricht-Defizit bzw. die budgetären Vorsorgen im Finanzierungshaushalt, die das Ergebnis 2014 in beide Richtungen wesentlich beeinflussen können. Im Gegensatz zu den im Finanzierungshaushalt für 2014 budgetierten Auszahlungen iHv 1,8 Mrd. EUR wurde im Maastricht-Defizit des Bundes für 2014 bereits ein Kapitalbedarf von insgesamt 4,4 Mrd. EUR berücksichtigt, davon 4 Mrd. EUR für Maßnahmen im Zusammenhang mit der Hypo-Alpe-Adria Bank AG (HAAG), die Vorsorge iHv 400 Mio. EUR wurde nicht näher spezifiziert.



Gemäß der Beantwortung der dringlichen Anfrage im Zuge der Sondersitzung zur HAAG vom 25. Juni 2014 rechnete der damalige Bundesminister für Finanzen aufgrund einer Einschätzung der Bank und Experten der Task Force mit weiteren Kosten für die HAAG iHv 4 Mrd. EUR. Bis Ende September 2014 wäre laut Vorstand der Bank ein Zuschussbedarf iHv 1,4 Mrd. EUR gegeben. Nach Abzug der bereits erfolgten Kapitalerhöhung iHv 750 Mio. EUR seien Zuschüsse iHv 685 Mio. EUR bis zur Errichtung der Abbaueinheit budgetär vorgesehen, die aber zum damaligen Zeitpunkt nicht gebraucht wurden. Offen ist, in welchem Ausmaß sich die Errichtung der Abbaueinheit auf das Maastricht-Defizit des Bundes tatsächlich auswirken wird, und ob bis Ende des Jahres weitere budgetäre Mittel dafür erforderlich sind.

Mitte Oktober werden die Ergebnisse der Banken-Stresstests der europäischen Aufsichtsbehörden veröffentlicht, daraus könnte sich ein Kapitalbedarf der ÖVAG ergeben, der teilweise auch staatliche Hilfe erfordern könnte.

### **UG 30-Bildung und Frauen**

In der UG 30-Bildung und Frauen wurden mit 4,690 Mrd. EUR im Vergleichszeitraum bis Juli 2014 um 386,0 Mio. EUR (-7,6 %) geringere Auszahlungen als im Vorjahr getätigt. Für das Gesamtjahr 2014 sind mit 8,079 Mrd. EUR um 437,7 Mio. EUR bzw. -5,1 % geringere Auszahlungen gegenüber dem Erfolg 2013 (8,515 Mrd. EUR) budgetiert. Dies erklärt sich im Wesentlichen aus dem Inkrafttreten der BMG-Novelle 2014, die mehrere budgetwirksame Veränderungen innerhalb des Finanzjahres zur Folge hatte (Kunst und Kultur in das BKA, Frauenangelegenheiten in die UG 30). Neben den Minderauszahlungen für das Jahr 2014 iHv 78,7 Mio. EUR durch den Wechsel des Kunstbudgets in die UG 32-Kunst und Kultur entstanden geringere Auszahlungen iHv 304 Mio. EUR gegenüber 2013 durch den veränderten operativen Zahlungsverlauf aufgrund von Änderungen der Mietzinsfälligkeiten an die BIG.

### **UG 23-Pensionen – Beamtinnen und Beamte**

Die Auszahlungen sind bis Ende Juli 2014 mit 5,184 Mrd. EUR um 341 Mio. EUR (+7,1 %) höher als im Vergleichszeitraum des Vorjahres (budgetierter Jahresanstieg 4,2 %). Die Steigerung begründet sich im Wesentlichen durch die Pensionsanpassung für 2014 (+1,6 %), eine Nachzahlung für LandeslehrerInnenpensionen iHv rd. 52 Mio. EUR und eine Umstellung der Zahlungsmodalitäten bei den BeamtInnen-Pensionen der Österreichischen Post AG, die sich temporär mit rd. 90 Mio. EUR zu Buche schlägt, im Jahresverlauf aber wieder ausgleicht.



### **UG 58-Finanzierungen, Währungstauschverträge**

Die Nettoauszahlungen von 4,775 Mrd. EUR erhöhten sich im Zeitraum Jänner bis Juli 2014 im Vergleich zum Vorjahr um 704 Mio. EUR (+17,3 %), der budgetierte Jahresanstieg beläuft sich auf 7,9 %. Der überwiegende Teil der höheren Auszahlungen ist auf geringere Emissionsagien bei der Aufstockung von Bundesanleihen zurückzuführen. In der beim Finanzierungsaufwand aussagekräftigeren Ergebnisrechnung ist im Vorjahresvergleich mit 3,967 Mrd. EUR hingegen ein um 220 Mio. EUR oder 5,3 % geringerer Aufwand zu verzeichnen (budgetierter Jahresanstieg beim Zinsaufwand 1,2 %).



## Mittelverwendungsüberschreitungen und Vorbelastungen

Zur Einhaltung der Vorgaben der Europäischen Union hat sich die Bundesregierung zu einem restriktiven Budgetvollzug verpflichtet. Durch den vorgesehenen Konsolidierungspfad ist die Entnahmemöglichkeit von Rücklagen der Ressorts eingeschränkt. Im Bundesvoranschlag 2014 wurden bei einem Stand der Rücklagen iHv 17,3 Mrd. EUR per Ende 2013 lediglich Rücklagenentnahmen iHv 611 Mio. EUR bereits budgetiert. Eine darüberhinausgehende Entnahmemöglichkeit der hohen Rücklagenbestände der Ressorts über Mittelverwendungsüberschreitungen im laufenden Budgetvollzug ist zur Einhaltung der Budgetziele stark eingeschränkt.

Die nachfolgende Tabelle zeigt die per Ende des 2. Quartals 2014 genehmigten Mittelverwendungsüberschreitungen, die teils jedoch noch auf Grundlage des gesetzlichen Budgetprovisoriums iVm dem BFG 2013 und teils auf Grundlage der Ermächtigungen des BFG 2014 genehmigt wurden.

### Mittelverwendungsüberschreitungen per Ende 2. Quartal 2014

Mittelverwendungsüberschreitungen Finanzierungshaushalt <i>in Mio. EUR</i>		2014		
		1. Quartal	2. Quartal	Gesamt
gesetzl. Grundlage	Erläuterung			
<b>unterjährige Rücklagen (Mehreinzahlungen)</b>				
Art. V Abs. 1 Z 2, gesetzl. Budgetprov. 2014 iVm. BFG 2013	zw eckgebundene Gebarungen	2,012	9,312	<b>11,324</b>
Art. V Abs. 1 Z 3 lit. h, gesetzl. Budgetprov. 2014 iVm. BFG 2013	Leistungen an Sozialversicherungen für Transferzahlungen an den Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger	39,999		<b>39,999</b>
<b>Summe</b>		<b>42,011</b>	<b>9,312</b>	<b>51,323</b>
<b>Rücklagen</b>				
Art. VI Abs. 1 Z 2, gesetzl. Budgetprov. 2014 iVm. BFG 2013	Verwendung von Rücklagen aus Vorperioden (Bedeckung durch Kreditoperationen)	45,195	46,409	<b>91,604</b>
Art. VI Z. 2, BFG 2014	Verwendung von Rücklagen aus Vorperioden (Bedeckung durch Kreditoperationen)		34,788	<b>34,788</b>
§ 56 Abs. 2 BHG 2013, BFG 2014			0,158	<b>0,158</b>
<b>Summe</b>		<b>45,195</b>	<b>81,354</b>	<b>126,549</b>
<b>Gesamt</b>		<b>87,206</b>	<b>90,666</b>	<b>177,872</b>

Quelle: BMF, Stand 22.Juli 2014



Im 2. Quartal 2014 wurden Mittelverwendungsüberschreitungen iHv insgesamt 90,7 Mio. EUR genehmigt. Davon entfallen rd. 90 % (81,4 Mio. EUR) auf die Verwendung von Rücklagen. Rd. 40,4 Mio. EUR wurden in der UG 25-Familien und Jugend für Überweisungen von Überschüssen aus dem Ausgleichsfonds für Familienbeihilfen an den Reservefonds (zusätzliche Beiträge aus Vorjahren) und rd. 34,4 Mio. EUR in der Untergliederungen 30-Bildung und Frauen für die zweckgebundene Gebarung der Bundesschulen (beispielsweise aus Schulraumüberlassung) verwendet.

Die Mittelverwendungsüberschreitungen, die 2014 insgesamt durch die Verwendung von aus Kreditoperationen finanzierten Rücklagen bedeckt werden, belaufen sich am Ende des 2. Quartals 2014 auf insgesamt 127 Mio. EUR (Vorjahr: 276 Mio. EUR).

#### Vorbelastungen per Ende 2. Quartal 2014

Vorbelastungen <i>in Mio. EUR</i>	2014			Auszahlungen auf UG-Ebene
	1. Quartal	2. Quartal	Gesamt	BVA 2014
Finanzierungshaushalt				
UG 31-Wissenschaft und Forschung	12,6		12,6	4.078,1
UG 33-Wirtschaft (Forschung)		26,3	26,3	101,6
UG 41-Verkehr, Innovation und Technologie	3,9		3,9	3.173,8
UG 43-Umwelt	1,4	45,9	47,3	639,0
<b>Gesamt</b>	<b>17,9</b>	<b>72,2</b>	<b>90,1</b>	<b>75.765,1</b>

Quelle: BMF, Stand: 22. Juli 2014

Im 2. Quartal 2014 wurden neue Vorbelastungen des Bundeshaushaltes iHv 72,2 Mio. EUR eingegangen, davon betreffen 44,7 Mio. EUR die Thermische Sanierungsoffensive 2014 in der UG 43-Umwelt und 26,3 Mio. EUR die 2. Förderungsperiode der K2-Zentren des COMET Programms in der UG 33-Wirtschaft (Forschung).

Die im Bericht über die Genehmigung von Vorbelastungen enthaltenen Angaben sind jedoch nur sehr beschränkt aussagekräftig. Für eine bessere Einschätzung der budgetären Belastungen der Folgejahre sollte der Vorbelastungsbericht um Angaben zum Stand aller bestehenden Vorbelastungen und des genehmigten Vorbelastungsvorhabens für das betreffende Globalbudget und der Verteilung auf die nächsten fünf Jahre ergänzt werden.